

Congress Report



Entscheidungen und
Entscheidungsprozesse der Legislative
der Vereinigten Staaten von Amerika

3/2004

325
205
2004,3

45 : 325 / 205 - 2004, 3



Congress Report, ISSN 0935 - 7246

Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Alle Rechte vorbehalten.

Beirat: Professor Dr. Ernst-Otto Czempel
Redaktion: Dr. Söhnke Schreyer
Professor Dr. Jürgen Wilzewski
Anschrift der Redaktion: Goethestraße 28,
35390 Gießen; Bankverbindung: Sonder-
konto Congress Report, Konto-Nr. 937 576,
Sparkasse Gießen, BLZ 513 500 25



abgeschlossen am
25. März 2004

1. Budget-Resolution (mit Personen- und Sachregister 2003)

Der Senat hat am 12. März 2004 nach vierstündiger Debatte gut 73:19 Stimmen seinen Entwurf zur Budget-Resolution 2005 dem Repräsentantenhaus vorgelegt. Für die Entscheidung sprachen sich 70 Republikaner sowie 3 Demokraten, 43 Demokraten, ein Unabhängiger und ein Republikaner. Seite

- 1. Budget-Resolution 2005 nimmt erste Hürde** 1
- 2. Mandat für Untersuchungskommission zu Terroranschlägen verlängert** 3
- 3. Repräsentantenhaus verabschiedet Irak-Resolution** 4
- 4. Tauziehen um Fortschreibung von Bushs Steuersenkungen** 5
- 5. Streit um Medicare-Zusatzversicherung hält an** 6
- 6. Senator Campbell kündigt Verzicht auf erneute Kandidatur an** 7
- 7. Präsidentschaftswahlkampf 2004: Kerry setzt sich durch** 8

3/2004

0. Der Senat befand sich vom 15. bis 19. März 2004 in einer einwöchigen Sitzungspause.

1. Budget-Resolution 2005 nimmt erste Hürde

Der Senat hat am 12. März 2004 nach viereinhalbstündiger Debatte mit 51:45 Stimmen seinen Entwurf zur Budget-Resolution 2005 (Senate Concurrent Resolution 95) verabschiedet. Für die Entscheidung sprachen sich 50 Republikaner sowie ein Demokrat, dagegen 43 Demokraten, ein Unabhängiger und ein Republikaner aus.

Mit der Budget-Resolution stecken beide Kammern des Congress den groben Finanzrahmen für die jährliche Arbeit der Bewilligungsausschüsse ab. Sie ist zwar mit Blick auf die tatsächlichen Einnahmen- und Ausgabenfestlegungen nicht bindend, enthält dennoch wichtige steuer- und haushaltspolitische Makroaussagen zur Haushaltsbewilligung durch die Legislative.

Im Zentrum der Auseinandersetzung im Senat um die Budget-Resolution 2005 stand vor allem der Umgang mit dem wachsenden Haushaltsdefizit, das im laufenden Jahr die Rekordmarke von 500 Mrd. USD überschreiten dürfte. Fiskalkonservative Republikaner wie Don Nickles (Okla.) mahnten - wohl auch mit Blick auf den Wahlkampf, in dem die Budgetpolitik der Regierung zunehmend Thema ist - eine striktere Haushaltsdisziplin an.

In diesem Zusammenhang ist auch eine am 10. März 2004 getroffene Entscheidung zu sehen, die zukünftige Steuersenkungen bzw. Ausgabenerhöhungen, die das Haushaltsdefizit verschärfen würden, an die Zustimmung einer Dreifünftel-Mehrheit (also 60 Stimmen) im Senat knüpft. Der Zusatz wurde von den Demokraten mit Unterstützung von vier fiskalkonservativen Republikanern mit 51:48 Stimmen durchgesetzt (vgl. im Detail Punkt 4).

Entgegen dem politischen Signal für eine striktere Haushaltsdisziplin, das sich in diesem Votum niederschlug, lehnte der Senat im gleichen Atemzug allerdings Ausgabenkürzungen in Höhe von 7 Mrd. USD im Rüstungsbereich ab. Mehr noch: Der Senat sprach sich gegenüber dem Haushaltsentwurf Präsident Bushs für Mehrausgaben in Höhe von 5,6 Mrd. USD für einen verbesserten Krankenversicherungsschutz von Reservisten aus.

Insgesamt sieht die Budget-Resolution des Senats Gesamtausgaben des Bundes in Höhe von 2,36 Billionen USD für das Haushaltsjahr 2005, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2004 beginnt vor.

Im Bereich des *discretionary spending*, also jenem Teil des Bundeshaushalts über den der Congress im Gegensatz zu den *entitlements* frei entscheiden kann, sind Ausgaben in Höhe von 821 Mrd. USD vorgesehen. Dabei beträgt das *defense discretionary spending*

ding 401,7 Mrd. USD, so dass die haushaltspolitischen Vorstellungen Präsident Bushs in diesem Bereich nicht angetastet werden.

Nun muss noch das Repräsentantenhaus entscheiden, dessen zuständiges *Budget Committee* unter Führung seines republikanischen Vorsitzenden Jim Nussle (Iowa) am 17. März 2004 seinen Entwurf zur Budget-Resolution 2005 verabschiedet hat.

Dieser sieht geringfügig geringere Ausgabenobergrenzen im Bereich des *discretionary spending* vor und lässt hier, wie auch schon der Senat, die von Präsident Bush verlangten Mittelanforderungen für das Pentagon unangetastet.

Mit Blick auf die von Präsident Bush beschlossenen Steuersenkungen von 2001, die zwischen 2005 und 2010 auslaufen, schlägt der von den Republikanern kontrollierte Ausschuss eine Verlängerung vor, wobei die damit verbundenen Kosten auf jährlich maximal 150 Mrd. USD begrenzt werden sollen. Dabei geht das *House Budget Committee* in seinen Kalkulationen für die Haushaltsjahre 2005 bis 2009 von einem Haushaltsdefizit von insgesamt 1,4 Billionen USD aus.

Die Demokraten im Ausschuss haben den Republikanern daraufhin „zynisches“ Verhalten vorgeworfen, weil sie so tun würden als ob sie sich fiskalpolitisch verantwortlich verhalten wollten, ohne dabei harte Entscheidungen mit Blick auf das Haushaltsdefizit anzustreben.

Dahinter steht der offensichtliche Versuch, die Republikaner einerseits für die galoppierende Defizitentwicklung verantwortlich zu machen und andererseits einen Keil in ihre Reihen zu treiben. Schließlich werden fiskalkonservative Republikaner wie Jim Nussle nicht müde zu betonen, „dass die Herausforderung durch die Defizitentwicklung nur über eine Kontrolle der Ausgabenseite erreicht werden kann.“

Die Republikaner wiederum dürften im Wahljahr 2004 daran interessiert sein, das Thema klein zu reden und sich am Status quo zu orientieren. Schließlich wären die perspektivischen politischen Kosten einer defizitsensitiven Sparpolitik mit Blick auf die Haushaltsjahre 2005 bis 2009 erheblich. So stieß beispielsweise Nussles ursprüngliches Vorhaben, das darauf abzielte, Einsparungen in *allen* Bereichen des *discretionary spending* anzudenken, unverzüglich auf heftigen Widerstand der „Defense Hawks“ in seiner Partei. Ende Februar 2004 erklärten 34 Mitglieder der republikanischen Fraktion im Senat schriftlich, dass sie gegen jede Budget-Resolution stimmen würden, die den Haushaltsvorstellungen Präsident Bushs im Bereich der Nationalen Sicherheit nicht folgen würde.

Bush hatte sich für Rüstungsausgaben in Höhe von insgesamt 423 Mrd. USD im Haushaltsjahr 2005 ausgesprochen, rechnet man zu den verlangten Mitteln für das Verteidigungsministerium die Anforderungen für nukleare Waffenprogramme hinzu, die über den Etat des Energieministeriums laufen. Dieser Haushaltsansatz deckt noch nicht die laufenden Kosten für die Besatzung des Irak, für die nach Einschätzung der

Administration zusätzliche Mittel von bis zu 50 Mrd. USD erforderlich werden könnten.

2. Mandat für Untersuchungskommission zu Terroranschlägen verlängert

Speaker Dennis Hastert (R-Ill.), der eine Verlängerung des Untersuchungsmandats der Kommission zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zunächst kategorisch abgelehnt hatte (vgl. CR 2/2004, S. 6), lenkte Ende Februar 2004 ein und ebnete damit den Weg für einen einvernehmlichen Abschluss der Kommissionsarbeit.

Hastert beugte sich dem Druck des Senats und der Öffentlichkeit, nachdem die Senatoren Joe Lieberman (D-Conn.) und John McCain (R-Ariz.) gedroht hatten, das anhängige Verkehrswegegesetz (vgl. CR 2/2004, S. 5) so lange zu blockieren, bis das Repräsentantenhaus der von den Kommissionsmitgliedern, den Demokraten, Präsident Bush und Angehörigen der Opfer befürworteten Verlängerung zustimmt.

Die Einsetzung der *National Commission On The Terrorist Attacks Upon The United States* unter Leitung von Thomas H. Kean (R-N.J.) und Lee H. Hamilton (D-Ind.) im Januar 2002 ging auf eine Initiative von Lieberman und McCain zurück (vgl. CR 11/2002, S. 5).

Der Termin für die Vorlage des Abschlussberichts und die Einstellung der Kommissionsarbeit wurde von Ende Mai auf den 26. Juli 2004 verschoben.

Senat und Repräsentantenhaus stimmten der Gesetzesänderung in nicht-namentlicher Abstimmung ohne Gegenstimmen Ende Februar/Anfang März 2004 zu. Präsident Bush unterzeichnete das Gesetz Mitte März.

Mit der zwischenparteilichen Einigung über die Fristverlängerung rückten schnell die öffentlichen Anhörungen der Kommission in den Mittelpunkt des Interesses. Vor allem die Befragungen der Außen- und Verteidigungsminister der Clinton- sowie der Bush-Administration, Madeleine K. Albright und William S. Cohen sowie Colin L. Powell und Donald H. Rumsfeld, fanden breite öffentliche Aufmerksamkeit.

Alle Befragten nahmen detailliert Stellung zu den Anstrengungen der Regierung und der Sicherheitsbehörden im Vorfeld der Anschläge. Im Kreuzfeuer der kritischen Fragen der demokratischen wie republikanischen Kommissionsmitglieder beteuerten sie, das unter den Umständen Mögliche getan zu haben.

Richard Clarke, der *National Coordinator for Counterterrorism* unter Clinton wie Bush, hielt jedoch insbesondere der Bush-Administration vor, dass sie die terroristische Bedrohung durch El Kaida vor dem 11. September zwar als „wichtiges“, aber nicht als „dringendes Problem“ gesehen habe.

Clarkes kürzlich erschienenen Buch mit dem Titel: „Against All Enemies: Inside America's War on Terror“ rechnet mit den Versäumnissen der letzten beiden Administrationen ab und hat vor allem mit der Kritik an Bushs Irak-Krieg heftige Reaktionen innerhalb der Administration ausgelöst.

Wenngleich die Kommission immer wieder betont hat, dass ihr Abschlussbericht keine sensationellen Enthüllungen enthalten wird, machen die Anhörungen deutlich, dass noch vor den Wahlen im November eine breite und ernsthaft geführte innenpolitische Debatte über die bisher gemachten Fehler in der Terrorismusbekämpfung zu erwarten ist.

3. Repräsentantenhaus verabschiedet Irak-Resolution

Aus Anlass des Jahrestages des Beginns des Irak-Krieges hat das Repräsentantenhaus am 17. März 2003 mit 327:93 Stimmen eine Resolution zur Würdigung der Befreiung des Landes, der US-amerikanischen Streitkräfte und der Koalitionstruppen verabschiedet. Für die *House Joint Resolution 557* sprachen sich 222 Republikaner und 105 Demokraten aus. Gegen die Erklärung stimmten 90 Demokraten und 2 Republikaner.

In der Resolution wird u.a. festgestellt, dass

- Saddam Hussein und sein Regime Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben;
- 270 Massengräber mit den Überresten von mehr als 400.000 Menschen gefunden worden sind;
- der irakische Diktator 1998 Massenvernichtungswaffen gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt hat;
- das Repräsentantenhaus den Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak im Oktober 2002 ausdrücklich autorisiert hat;
- „die USA und die Welt durch den Sturz Saddam Husseins sicherer geworden sind.“

Während die Befürworter der Erklärung vor allem in den Reihen der republikanischen Mehrheitsfraktion darauf verwiesen, dass die *Operation Iraqi Freedom* ein „militärischer Erfolg“ war und die Besatzungstruppen dabei seien, einen „sicheren, stabilen, souveränen und friedlichen Irak“ zu schaffen, traf die Resolution bei Teilen der Demokraten unter Führung von Nancy Pelosi (Cal.) auf scharfe Kritik.

Hier wurde die Resolution als durchsichtiges parteipolitisches (Wahlkampf-)Manöver gewertet, an deren Ausformulierung nicht ein einziger Demokrat im Repräsentantenhaus beteiligt gewesen sei. Gleichzeitig verwiesen die Kritiker in den Reihen der De-

mokraten darauf, dass der Irak-Krieg mit seinen über „566 Kriegstoten und mehreren Tausend Verwundeten“ weniger einen Sieg als vielmehr eine „Selbsttäuschung“ darstelle. Die Resolution ignoriere die eigentlichen Probleme im Irak, nicht zu sprechen von der Irreführung des amerikanischen Volkes durch die Bush-Administration mit Blick auf die ursprünglich behauptete Existenz von Massenvernichtungswaffen.

Die Kontroverse macht den tiefer werdenden parteipolitischen Graben in der Irak-Politik deutlich, wo Präsident Bush im Gegensatz zur Situation vor dem Irak-Krieg innenpolitisch zunehmend in die Defensive gerät.

Dies verdeutlichen auch die Zustimmungsraten zu seiner Amtsführung, die laut *Gallup* Anfang März 2004 nur noch bei 50 Prozent lagen, während sich 47 Prozent der Befragten unzufrieden mit dem Präsidenten zeigten. Zum Vergleich: Nach den Ereignissen des 11. September hatte die Zustimmung zu Präsident Bushs Amtsführung die 90 Prozentmarke erreicht.

4. Tauziehen um Fortschreibung von Bushs Steuersenkungen

Der Senat hat am 10. März 2004 im Rahmen der Budgetberatungen (vgl. auch Punkt 1) mit 51 gegen 48 Stimmen beschlossen, künftige Steuersenkungen nur zuzulassen, wenn diese durch Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen ausgeglichen werden können.

Für die Annahme des von Senator Russell Feingold (Cal.) eingebrachten Zusatzes stimmten alle Demokraten mit der Ausnahme von Zell Miller (Ga.) sowie die republikanischen Senatoren Lincoln D. Chafee (R.I.), Susan Collins (Maine), John McCain (Ariz.) und Olympia J. Snowe (Maine).

Die Kompensationsklausel ist ein herber Rückschlag für die Administration, die sich vehement gegen deren Annahme aussprach. Doch Präsident Bush und *Budget Director* Joshua B. Bolten gelang es nur, die Senatoren Pete V. Domenici (R-N.M.) und Lindsay O. Graham (R-S.C.) von ihrer geplanten Zustimmung abzubringen.

Die prozedurale Erschwerung von Steuersenkungen richtet sich gegen die Fortschreibung der auf Initiative von Präsident Bush beschlossenen Steuersenkungen von 2001 (vgl. CR 6-7/2001), die zwischen 2005 und 2010 auslaufen.

Bush hat sich wiederholt dafür ausgesprochen, die Steuererleichterungen ungeachtet der drastisch gestiegenen Haushaltsdefizite des Bundes dauerhaft festzuschreiben und dies unter anderem mit der anhaltenden Konjunkturschwäche begründet.

Auf weitere Unterstützung durch den Congress können allerdings ausschließlich jene Steuererleichterungen rechnen, die auf die unteren und mittleren Einkommensgruppen zielen.

Demgegenüber stoßen jene die oberen Einkommensgruppen begünstigenden Steuer-senkungen, wie z. B. die Abschaffung der Erbschaftssteuer, auf wachsenden Wider-stand selbst in den Reihen der Republikaner.

Bush kann jedoch noch darauf hoffen, dass die Annahme der Kompensationsklausel von den Republikanern im Repräsentantenhaus verhindert wird. Das *House Budget Committee* hat Mitte März 2004 die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in die Budget-Resolution 2005 abgelehnt.

Während einige Abgeordnete vom linken Flügel der Republikanischen Partei angedeu-tet haben, sie könnten im Plenum für den Senatszusatz stimmen, bemüht sich die Frak-tionsführung um eine Lösung, welche die Steuererleichterungen von der im Senat be-schlossenen Kompensationsklausel ausnehmen soll.

5. Streit um Medicare-Zusatzversicherung hält an

Der Streit um die im Dezember letzten Jahres verabschiedete Medikamenten-Zusatzversicherung unter *Medicare* (vgl. CR 12/2003, S. 1), der Bundeskrankenversi-cherung für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke, ist im März 2004 erneut ent-flammt.

Hauptstreitpunkt in der anhaltenden Kontroverse ist aktuell die Informationspolitik der *Medicare*-Behörde gegenüber dem Congress im Zuge der Beratungen über das Gesetz.

Schon Ende Januar 2004 war bekannt geworden, dass die Bush-Administration im Ge-gensatz zum *Congressional Budget Office* (CBO) von deutlich höheren Ausgaben für das neue Bundesprogramm ausgeht (vgl. CR 2/2004, S. 3).

Während das CBO die Ausgaben für die Zusatzversicherung in den ersten zehn Jahren auf unter 400 Mrd. USD veranschlagt hat, rechnet die Administration mit über 530 Mrd. USD im gleichen Zeitraum.

Auf Nachfragen der Demokraten, die sich von der Administration getäuscht sahen, wurde nun eingeräumt, dass die *Medicare*-Behörde unter Leitung von Thomas A. Scully die bereits im Vorfeld abgeschlossenen Kostenschätzungen gezielt zurück gehalten hat.

Richard S. Foster, ein Karrierebeamter und zuständiger Abteilungsleiter der *Medicare*-Behörde, erklärte, Scully habe ihn angewiesen, die vorliegenden Analysen nicht an den Congress weiter zu leiten und mit Kündigung gedroht.

Scully wiederum begründete seine Anweisung damit, dass er mit den Kostenprognosen nicht die politische Debatte im Congress habe anheizen wollen.

Im Kern geht es bei der Kontroverse darum, inwieweit höhere Ausgabenschätzungen möglicherweise die Durchsetzung des von Präsident Bush unterstützten Gesetzge-

bungsvorhabens verhindert hätten, da zahlreiche Republikaner ohnehin Bedenken gegen das kostspielige neue Bundesprogramm geäußert hatten.

In Reaktion auf die scharfe Kritik der Demokraten und einiger Republikaner im Congress hat Tommy G. Thompson, der *Secretary of Health and Human Services*, die Einleitung einer ministeriumsinternen Untersuchung angekündigt.

Allerdings wird Scully, der auf eine hochdotierte Führungsposition in der Pharma-Industrie wechselt, ohnehin durch Mark B. McClellan ersetzt. Der Senat hat die Nominierung McClellans bereits in nicht-namentlicher Abstimmung bestätigt.

Für neuen Zündstoff könnte allerdings der jüngste Bericht des Medicare Trust Fund sorgen. Darin wird prognostiziert, dass die Krankenversicherung bereits 2018 ihre Reserven erschöpft hat und die Ausgaben die Einnahmen übersteigen werden. Noch im Vorjahr war die Zahlungsunfähigkeit des *Trust Fund* unter geltenden Bestimmungen erst für 2026 prognostiziert worden.

Brisant ist der Bericht vor allem deswegen, weil die Revision der Finanzplanung zu einem wesentlichen Teil auf erhöhte Ausgaben unter *Medicare* für private Versicherungsanbieter zurückzuführen ist, so wie sie entlang des Kompromisses als Teil der *Medicare*-Zusatzversicherung beschlossen wurde.

6. Senator Campbell kündigt Verzicht auf erneute Kandidatur an

Im Senat hat Anfang März 2004 überraschend der moderat konservative Republikaner Ben Nighthorse Campbell seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur angekündigt. Der siebzigjährige Campbell führte für seine Entscheidung gesundheitliche Gründe an. Der Republikaner, der einzige Amerikaner indianischer Abstammung im Senat, wurde 1992 erstmals und ursprünglich für die demokratische Partei ins Amt gewählt. Davor hatte er sechs Jahre dem Repräsentantenhaus angehört.

1995 wechselte Campbell auf Grund politischer Differenzen mit der demokratischen Parteiführung in seinem Heimatstaat Colorado zu den Republikanern. 1998 wurde er dann mit 62 Prozent der abgegebenen Stimmen für eine zweite Amtsperiode bestätigt. In den Novemberwahlen 2004 galt seine Wiederwahl für den Fall einer erneuten Kandidatur als sehr wahrscheinlich.

Campbell ist neben Peter G. Fitzgerald (Ill.) und Don Nickles (Okla.) der dritte Republikaner im Senat, der auf eine erneute Kandidatur in den Novemberwahlen 2004 verzichtet.

Auf Seiten der Demokraten sind es fünf Senatoren, alle aus dem Süden, die ihren Rückzug aus der Politik erklärt haben. Neben John Edwards (N.C.), dem inzwischen ausgeschiedenen Bewerber um die demokratische Präsidentschaftsnominierung (vgl.

auch Punkt 7), sind dies John Breaux (La.), Bob Graham (Fla.), Ernest F. Hollings (S.C.) und Zell Miller (Ga.).

Insgesamt stehen in den Novemberwahlen 34 Senatssitze zur Wahl an, wovon 19 von den Demokraten und 15 derzeit von den Republikanern besetzt werden.

Als politisch offen gelten die Senatswahlkämpfe in North Carolina, South Carolina, Georgia, Florida und Louisiana (bisher in demokratischer Hand) sowie Colorado, Illinois und Oklahoma (bisher in republikanischer Hand). Auch der Wahlausgang in Alaska, wo sich die republikanische Amtsinhaberin Lisa Murkowski zur Wiederwahl stellt und in South Dakota, wo der Demokrat und *Senate Minority Leader* Tom Daschle erneut kandidiert, wird derzeit als offen eingeschätzt.

Bei allen weiteren 24 Senatssitzen, die zur Wahl anstehen, wird davon ausgegangen, dass sich die bisherigen Amtsinhaber (11 Republikaner und 13 Demokraten) durchsetzen. Das bedeutet, dass die Chancen der Demokraten auf einen Mehrheitswechsel im Senat in den Novemberwahlen 2004 als eher gering einzuschätzen sind. Allerdings könnte der Ausgang der Präsidentschaftswahlen und der dabei erfahrungsgemäss auftretende Sogeffekt („presidential coattails“) die Prognose noch verändern.

7. Präsidentschaftswahlkampf 2004: Kerry setzt sich durch

Senator John F. Kerry hat sich mit einer Serie von Vorwahl-Siegen Anfang März 2004 die Nominierung als demokratischer Präsidentschaftskandidat auf dem Parteikonvent im Sommer diesen Jahres de facto gesichert.

Nachdem Kerry am 2. März (*Super Tuesday*) 8 der 9 Vorwahlen klar für sich entschieden hatte, gab der einzig verbleibende ernsthafte Gegenkandidat, Senator John Edwards (N.C.), auf.

Kerry gewann in Connecticut, Kalifornien, Maryland, Massachusetts, Minnesota, New York, Ohio und Rhode Island mit deutlichen Mehrheiten zwischen 52 und 72 Prozent der Stimmen. Edwards gelang es in Georgia, mit 42 Prozent gegenüber Kerry (47 Prozent) aufzuschließen. Insgesamt fielen Edwards Ergebnisse weit hinter die Erwartungen zurück.

Nur der bereits ausgeschiedene Kandidat Howard Dean erzielte in Vermont, seinem Heimatstaat, einen Überraschungserfolg und verwies Kerry mit 58 gegen 34 Prozent auf den zweiten Platz.

Mit dem Ausscheiden seines letzten Hauptkonkurrenten konnte Kerry in den Vorwahlen in Florida, Louisiana, Mississippi, Texas, Kansas und Illinois hohe Stimm- und Delegiertenanteile gewinnen und so bis Mitte März auch formal die für die Nominierung notwendige Zahl von 2162 Delegierten hinter sich scharen.

Der schnelle und im Rückblick verblüffend einfache Durchmarsch Kerrys in den demokratischen Vorwahlen und Parteiversammlungen sichert dem Kandidaten für den anstehenden Wahlkampf eine gute Ausgangsposition.

Der von republikanischer Seite erhoffte parteiinterne Grabenkrieg um die Nominierung ist ungeachtet des breiten Kandidatenfelds ausgeblieben. Kerry ist es vielmehr gelungen, die Demokratische Partei weitgehend geschlossen hinter sich zu bringen und davon zu überzeugen, dass er in den November-Wahlen gegen Präsident Bush gewinnen kann.

Darüber hinaus hat der in der Anfangsphase überaus spannende Vorwahlkampf die Aufmerksamkeit der Medien wie der Öffentlichkeit über mehrere Wochen auf die demokratischen Themen und die Kritik an der Bush-Administration gelenkt.

Mit der frühen Entscheidung in den Vorwahlen hat sich die Hauptwahlkampfphase allerdings entsprechend verlängert. Kerry muss nun mit seiner Kampagne gegen Bushs Wahlkampfteam bestehen.

Präsident Bush, der seine Wahlkampagne bereits im letzten Monat begonnen hat, ohne die formale Entscheidung in den demokratischen Vorwahlen abzuwarten (2/2004, S. 9), kann auf ein erfahrenes Team und ein neue Rekordmarken setzendes Wahlkampfteam bauen.

Bush hat bereits jetzt sein ursprüngliches Ziel der Einwerbung von 170 Mio. USD an Wahlkampfspenden erreicht. Es wird erwartet, dass bis zum Sommer die 200 Mio. USD-Marke übertroffen wird.

Kerry, dessen vergleichsweise geringe Finanzreserven nach dem Vorwahlkampf weitgehend erschöpft sind, rechnet bis zum Nominierungskonvent der Demokraten im Juli mit einem Spendenaufkommen von ca. 100 Mio. USD. Im Wahljahr 2000 hatten Bush und Gore insgesamt 290 Mio. USD ausgegeben.

Der lange Zeitkorridor und die enormen Wahlkampfbudgets stellen eine fortgesetzte Anzeigenschlacht in den nationalen Medien in Aussicht, auf die die von Bushs Team im März 2004 geschalteten Fernsehspots einen Vorgeschmack geben.

Der durch das Trommelfeuer demokratischer Kritik in den Vorwahlen stark unter Druck geratene Präsident will die nun eingetretene Atempause nutzen, um das Image seines noch weitgehend unbekanntes Gegenkandidaten in seinem Sinne zu definieren.

Neben der Steuer- und Wirtschaftspolitik hat Bushs Team die Kritik an Kerrys außen- und sicherheitspolitischem Profil in den Vordergrund gerückt. Vor allem Vizepräsident Dick Cheney ist mit scharfen Attacken gegen Kerry an die Öffentlichkeit getreten.

Unter Verweis auf Statements und insgesamt über 6300 Abstimmungsentscheidungen aus Kerrys fast zwanzigjähriger Amtszeit als Senator hält Cheney dem demokratischen Kontrahenten vor, er habe wiederholt gegen die Sicherheitsinteressen der USA gestimmt und in wichtigen Fragen immer wieder seine Positionen gewechselt.

Bush dagegen hat sich bisher auf die Steuer- und Wirtschaftspolitik konzentriert und Kerry vorgehalten, er habe unzählige Male für Steuererhöhungen gestimmt, die Gift für die Wirtschaftsentwicklung seien.

Kerry hielt dagegen, Bush sei angesichts der miserablen Entwicklung vor allem des Arbeitsmarktes keine Autorität in Fragen der Wirtschaftspolitik und strich den Verlust von ca. 2 Mio. Arbeitsplätzen während Bushs Amtszeit heraus.

In den Auseinandersetzungen um Kerrys außenpolitische Vorstellungen erhielt der Kandidat unerwartete Schützenhilfe von zwei republikanischen Senatoren, John McCain (Ariz.) und Chuck Hagel (Neb.), die jüngst betonten, dass Kerrys Engagement in der US-Sicherheitspolitik ungeachtet der Differenzen um konkrete Politikvorstellungen außer Frage steht.

Die doppelte Schwerpunktsetzung in der Wirtschafts- und Außenpolitik reflektiert die gegenwärtigen Besorgnisse der Wählerschaft, deren Prioritäten von den Themen Konjunktur/Arbeitsplätze und Irak-Krieg/Terrorbekämpfung bestimmt werden.

Eine *Gallup*-Umfrage von Mitte März 2004 weist darauf hin, dass Kerry in der Wirtschaftspolitik derzeit größeres Vertrauen genießt, während Bush in Sicherheitsfragen weiterhin von einer deutlichen Mehrheit der Vorzug gegeben wird. Dies resultiert aktuell in einem Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Kontrahenten.

Diese hoch kompetitive Konstellation prägt die Wahlkampfdynamik in der Auftaktphase und begründet den scharf negativen Tenor der Kampagnen. Kerry steht dabei den Republikanern kaum nach.

In einer von einem Journalisten aufgeschnappten Bemerkung am Rande einer Wahlkampfveranstaltung charakterisierte Kerry die Republikanische Partei (sinngemäß) als eine „Bande von Lügnern und Betrüger“. Republikanischen Forderungen nach einer öffentlichen Entschuldigung kam der Senator nicht nach.